

[Editorial]



Der eine Blickwinkel: Public Private Partnership (PPP) nennt sich das kooperative Zusammenwirken der öffentlichen Verwaltung mit der Privatwirtschaft. Dabei wird in der Regel privates Kapital und Know-how mobilisiert, um öffentliche Belange zu erfüllen. Es wird in den USA, aber auch in Europa angestrebt und – mal mehr, mal weniger erfolgreich – praktiziert. Ein Forum zu dem Thema gibt's am 28. März in Bozen (S. 73).

Der andere Blickwinkel: Verena Volgger geht in ihrem Artikel (S. 6) auf den Privatisierungsaktivismus der Autonomen Provinz Bozen ein, die nun mit Volksaktien winkt. Das Land reagiert damit auf die Vorwürfe, es würde sich zu stark als privatwirtschaftlicher Player engagieren und den Wettbewerb verzerren – ganz zu schweigen von der Zweckentfremdung öffentlicher Gelder, von der beispielsweise beim Thermenhotel allgemein die Rede ist. Entsteht aus diesen zwei Blickwinkeln in Bezug auf die Verstrickung der öffentlichen Verwaltung mit der Privatwirtschaft etwa ein Widerspruch? Nein, aber eine gewisse Rehabilitation des Landes ergibt sich durchaus, wenn man der Sache nicht zu sehr auf den Grund geht. Laut Konzept des PPP gibt es sehr wohl gute Gründe, warum das Land Südtirol Infrastrukturen von öffentlichem Interesse bauen (oder auch nur anregen) sollte, die es dann in der Umsetzung oder Führung nach einer Ausschreibung einem privaten Unternehmen überlässt. Nun gut: Kraftwerke sind von öffentlichem Interesse, ebenso Telekommunikationstechnologie, weniger aber deren Betreibung – und schon gar nicht Hotels. Das Ziel von PPP-Projekten: eine Effizienzsteigerung und ein wirtschaftlich vertretbares Erbringen von Leistungen, gleichzeitig eine Entlastung (!) der öffentlichen Haushalte. Die „Privatisierung“ kann in Form einer Konzession an private Unternehmen erfolgen, weil diese besser wirtschaften müssen und kön-

nen. Diese Konzession kann entweder nur die Betreibung einer Infrastruktur vergeben oder auch die Planung und den Bau derselben beinhalten. Man spricht auch von PPP, wenn es sich um ein „gemischt-wirtschaftliches“ Unternehmen handelt, das private und öffentliche Anteilseigner umfasst – wie bei Brennercom. Doch nur in dem Maße, wie es notwendig ist, um das öffentliche Interesse zu wahren, nicht um sich unternehmerisch zu betätigen. LH Durnwalder wird beim PPP-Forum „ibet 2008“ präsent sein, Elmar Pichler-Rolle vielleicht auch. Mal sehen, was die nächste Legislatur bringt.

[**Preisvergleiche**] Ein leidiges Thema, das der hohen Preise in Südtirols Einzelhandel; es wird von Medien gern mit Sensationsgier, von Interessengruppen mit Eigennützigkeit behandelt. Wir erbaten vom WIFO die Fakten, die nun ein ganz anderes Bild ergeben (S. 16). Dass es sie gibt, die Produkte, die man in Innsbruck oder Trient günstiger bekommt, ist eine Tatsache, doch in der Summe zahlt es sich nicht aus, außerhalb der Provinz einzukaufen, wenn man identische Produkte vergleicht. Ganz zu schweigen von der Umweltbelastung solcher Einkaufstouren (ob das als Umweltschuld zählt, für den die Landesagentur für Umwelt zurzeit wirbt?).

[**Wir sind am Ball**] Franz Josef Radermacher, Professor an der Universität von Ulm, lieferte uns für unsere Novemberausgabe einen Gastbeitrag über die Themen Energiemangel und Lebensmittelknappheit, die zum Teil durch den Bedarf an Biogas verursacht wird. In einem Artikel im Magazin *Der Spiegel* (4/2008, S. 64) zum Thema Lebensmittelknappheit wird derselbe Radermacher zitiert. Sie sehen: Wir sind stets für Sie am Ball.

Marina Giuri-Pernthaler

Privat mit Staat

Mit dem Ziel, die öffentlichen Kassen zu entlasten, wird in den USA, Großbritannien und Deutschland immer häufiger auf das Konzept der Public Private Partnerships zurückgegriffen: Infrastrukturen von öffentlichem Interesse werden in Zusammenarbeit mit privaten Unternehmen geplant, umgesetzt und dann geführt. Es gibt mehrere Formen der PPP (s. auch Editorial auf S. 3). Die Wirtschaftskommunikation GmbH wiko in Innsbruck organisiert dazu am 28. März in Bozen ein ganztägiges Forum: Höhepunkt wird laut



wiko das Referat von Frank Littwin sein, dem Leiter der PPP Task Force in Nord-rhein-Westfalen. Die ibet 2008 geht von 9.30 bis 17 Uhr. Infos und Anmeldungen unter www.ibet-bz.it. Teilnahmegebühr 190 €. [X]